



Warum **Machtpolitik** zu Konflikten und Kriegen führt

Die sich durchsetzende multipolare Weltordnung geht mit Veränderungen und Verwerfungen einher. Die USA, China und Russland versuchen neue Einflussphären zu erschließen bzw. alte Positionen zu halten.

Eine Analyse von **Wendelin Ettmayer**

Was haben die USA, China und Russland gemeinsam?

Heute erleben wir den Krieg in der Ukraine. Erst vor wenigen Monaten wurde ein 20-jähriger Krieg in Afghanistan beendet. Es gibt Spannungen im Südchinesischen Meer, Handelskriege und Cyber-Attacken. Offensichtlich sind es machtpolitische Bestrebungen, die diese Krisen verursachen. Eine Macht will anderen mit Gewalt ihren Willen aufzwingen. Die erste Frage, die sich stellt, ist die, ob es ein Naturgesetz ist, dass es immer wieder zu Kriegen kommt. Zweifellos hat die Verherrlichung der Macht eine sehr lange Tradition. Schon bei Homer haben wir gelernt, dass derjenige ein großer Held ist, der die meisten Feinde getötet hat.

Darüber hinaus haben wir in der Schule erfahren, dass jene „Groß“ in der Geschichte sind, die Schlachten gewonnen haben, Länder eroberten und denen es eben gelungen war, die eigene Macht zu vergrößern. So wurde Alexander der Große Generationen von Schülern als jugendlicher Held dargestellt, Julius Caesar konnte nur bewundert werden und Karl der Große gilt heute noch als „Stammvater Europas“.

Ganz im Sinne traditioneller Politik hat der amerikanische Präsident Joe Biden schon kurz nach seinem Amtsantritt die Bildung einer „Allianz der Demokratien“ vorgeschlagen. Im Dezember 2021 hat dazu ein virtuelles Gipfeltreffen stattgefunden. Als wesentliche Aufgaben wurden die Verteidigung gegen autoritäre Regime wie China und Russland festgelegt, wobei aber auch Polen und Ungarn in diese Liste aufgenommen wurden, die Bekämpfung der Korruption und die Förderung der Achtung der Menschenrechte.

Das eigentliche Ziel dieser Allianz ist es, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen der USA zu legitimieren sowie die Vorherrschaft Amerikas in Europa und Asien weiter zu erhalten. Demokratie als Leitmotiv der amerikanischen Außenpolitik ist nicht neu. Diese ist seit jeher von einem starken Sendungsbewusstsein geprägt. Es gibt den Glauben an den „American Exceptionalism“, also daran, dass die USA eine auserwählte Nation sind, dazu bestimmt, die Welt zu führen. George W. Bush war nicht der erste, der von der „Achse des Bösen“ sprach, die bekämpft werden muss. Schon 1656 rief Oliver Cromwell zum Kampf gegen eine

„Achse des Bösen“ auf, die damals in den Habsburgern, den Katholiken und dem Papst gesehen wurde. Als der englische General John Churchill 1704, zusammen mit Prinz Eugen, in der Schlacht von Höchstädt die Franzosen besiegte, erklärte er, „Wir kämpften für die Freiheit Europas“. Dass die Engländer durch diese Schlacht, die wesentlich zum Sieg im Spanischen Erbfolgekrieg beitrug, auch das Monopol über den transatlantischen Sklavenhandel bekamen, wurde verschwiegen.

In der Monroe-Doktrin haben die USA dann 1823 festgelegt, dass jede Intervention eines außer-amerikanischen Staates auf dem amerikanischen Kontinent als unfreundlicher Akt betrachtet und von den USA verhindert wird. Man hat also festgelegt, auf einem ganzen Kontinent die eigenen Interessen zu schützen, während man heute dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht das Recht einräumt, selbst an seinen Grenzen die Interessen seines Landes wahrzunehmen.

Hundert Jahre später hat Präsident Woodrow Wilson davon gesprochen, dass es das Schicksal der Vereinigten Staaten sei, dafür zu kämpfen, dass der Geist der Demokratie über die Prinzipien der Autokratie siegt. Dieser Glaube der USA, für das Gute und für die Demokratie in der Welt kämpfen zu müssen, dieses Sendungsbewusstsein, ist also nicht neu.

China: Aufstrebende Macht mit Sendungsbewusstsein

Was sind nun die Vorstellungen Pekings hinsichtlich einer globalen Sicherheitsordnung? Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping beteuert immer wieder, dass die internationale Sicherheit nur dann gewährleistet werden kann, wenn sie von allen gemeinsam getragen wird und umfassend ist: also politische, wirtschaftliche und militärische Komponenten mit einbezieht. Dabei wird von chinesischer Seite auch betont, dass es internationale Sicherheit nur dann gibt, wenn die nationale Souveränität und die territoriale Integrität eines jeden Landes respektiert werden. Das ist eine Position, die ganz klar gegen die amerikanischen Modelle vom „Regime-Change“ und Intervention zum Schutz von Menschenrechten gerichtet ist, die damit als nicht legitim hingestellt werden.

Gegen die USA ist auch die chinesische Vision von „Asien den Asiaten“ gerichtet. 2015 wurde ein „New Asian Security Concept“ entwickelt und im Rahmen einer „Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia“ vorgestellt. Die Asiaten sollten selber ihre Probleme lösen und ihre Sicherheit gewährleisten, nicht die USA, die ja auch die stärkste Militärmacht in Asien darstellen. Darüber hinaus wird hervorgehoben, dass jedes Land legitime Sicherheitsinteressen hat, die von anderen Ländern nicht ignoriert werden dürfen. Dieser Grundsatz steht eindeutig im Widerspruch zur Aussage von Hillary Clinton, die seinerzeit als Außenministerin erklärte: „Die Zeit der Interessensphären ist vorbei“.

Was Europa betrifft, so glaubt man in Peking, dass Russland in eine europäische Sicherheitsordnung einbezogen werden muss, schon deshalb, weil es ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ist. Jedenfalls ist China dagegen, dass die USA als Weltpolizist agieren. Man glaubt, mit dieser Forderung eine große Zahl von Entwicklungsländern auf seiner Seite zu haben.

Entsprechend seiner neuen wirtschaftlichen Stärke hat China in den letzten Jahren aufgerüstet, vor allem die Flotte wurde stark ausgebaut. So betragen die Militärausgaben 2021 immerhin 293 Milliarden US-Dollar (verglichen zu 105 Milliarden lediglich zehn Jahre vorher). Das entspricht nicht einmal der Hälfte der amerikanischen Militärausgaben, die 2021 immerhin 800 Milliarden US-Dollar betragen. Sie überstiegen aber bei Weitem das russische

Militärbudget von 66 Milliarden US-Dollar. Wesentlich ist wohl auch, dass Staatspräsident Xi Jinping immer wieder betont, China müsse bereit sein, seine militärische Stärke auch einzusetzen.

Als möglicher Grund für einen Krieg gilt der Status von Taiwan. Worum geht es? Peking betrachtet die Republik Taiwan als Teil Chinas. Die Unterstützung der Unabhängigkeit der Insel gilt als „Einnischung in die inneren Angelegenheiten“. Die Feststellung, dass das Festland und Taiwan eine Einheit bilden, ist keine Erfindung der Kommunisten. Nach seiner Niederlage im Bürgerkrieg 1949 hat sich der nationalistische General Tschiang Kai-schek auf die Insel Taiwan zurückgezogen und weiter die Theorie vertreten, dass das Festland zu Taiwan gehört. Entsprechend hat seine Regierung ganz China in der UNO vertreten.

China ist eine aufstrebende Macht, die bestrebt ist, nach den Demütigungen der Vergangenheit einen Platz an der Sonne zu erhalten. Ihr wirtschaftlicher Aufstieg war atemberaubend. Schon heute ist China der wichtigste Handelspartner nicht nur der Länder Südostasiens sondern auch Europas und selbst der Vereinigten Staaten. Darüber hinaus gibt es das Mega-Projekt der „Neuen Seidenstraße“. Durch den Ausbau von Häfen, Eisenbahnen und Straßen soll China mit weiten Teilen Asiens, Europas und Afrikas viel enger vernetzt werden. Die Kosten dafür werden bis auf das Doppelte des chinesischen Bruttonationalprodukts eines Jahres beziffert. Dieses Projekt hat weit über die wirtschaftliche Bedeutung hinaus auch eine geopolitische. Darüber hinaus kommt das Sendungsbewusstsein des Landes schon dadurch zum Ausdruck, dass man sich selber als „Reich der Mitte“, also als Mittelpunkt der Welt sieht.

Russland: Historisches Sendungsbewusstsein

Wie sehen die Grundzüge der russischen Außenpolitik aus? Russland ist 1996 dem Europarat beigetreten, dessen Grundsatz es ist, Machtpolitik durch eine auf Werten basierende Politik zu ersetzen. Gleichzeitig ist aber Moskau einer traditionellen Politik verbunden geblieben. So verweist Wladimir Putin immer wieder auf russische Denker, die schon im 19. Jahrhundert eine Vision von der besonderen Rolle Russlands in der Welt entwickelt haben: Wladimir Sergejewitsch Solowjow etwa vertrat die Auffassung, Russland habe die besondere Mission, die Menschheit zu einen. Dies vor allem deshalb, weil es zwischen dem katholischen Westen und dem nicht-christlichen Osten gelegen ist.

Nicolai Alexandrowitsch Berdjajew hat in seinem Buch „Das neue Mittelalter“ Betrachtungen über das Schicksal Russlands und Europas angestellt. Er tritt für die geistige Wiedergeburt des Menschen und eine soziale Umgestaltung der Gesellschaft ein. Iwan Alexandrowitsch Iljin sieht die besondere Rolle Russlands in der Verbindung mit der Orthodoxie und seiner christlichen Tradition. Er sprach sich immer wieder gegen den „materialistischen Westen“ aus, den er als korrupt und militaristisch ansah. Eine ähnliche Auffassung wurde auch von Alexander Solschenizyn vertreten. Von der besonderen Rolle Russlands spricht auch Nicolai Gogol in seinem Roman „Die Toten Seelen“. Er schreibt, wie Russland durch die Welt fliegt, die staunend zusieht.

In all diesen Darstellungen kommt das Sendungsbewusstsein Russlands ganz stark zum Ausdruck. Immer wieder wird Moskau als das „Dritte Rom“ bezeichnet, was soviel heißt, als dass Russland eben das Erbe sowohl des Römischen Reiches als auch das von Byzanz angetreten hat.

Welche Zwischenbilanz kann man nun auf Frage „Was haben die USA, China und Russland gemeinsam?“ ziehen. Alle drei Staaten sind Großmächte mit einem großen Sendungsbewusstsein. Dieses geht über nationale Grenzen hinaus, wobei das Bewusstsein von



„Russland hat die Ost-Erweiterung der NATO bis an seine Grenzen jedenfalls als Demütigung empfunden, was offensichtlich vielfach unterschätzt wurde.“

Wunschvorstellungen und Mythen genauso geprägt ist wie von der Realität. Alle drei Länder sind hochgerüstet und sehen sich legitimiert, ihre politischen Ziele auch mit bewaffneter Gewalt durchzusetzen. Man sieht in der Macht eine Legitimation für die eigene Politik, Macht schafft Legitimität.

Damit sind grundlegende Voraussetzungen für eine militärische Konfrontation gegeben. Außerdem spielen die Vorstellungen, wie man die eigene Sicherheit sieht, eine große Rolle. Eine Großmacht rüstet, damit sie sich sicher fühlt, geleitet vom Glauben, dass man umso sicherer ist, je mehr man rüstet. Dieses Bestreben, die eigene militärische Stärke auszubauen, kann von der anderen Seite als Bedrohung empfunden werden. Was also die eine Seite als Sicherheitsmaßnahme erachtet, kann auf der anderen Seite Unsicherheit hervorrufen. Dies vor allem dann, wenn jemand versucht, einem anderen seinen eigenen politischen Willen aufzuzwingen. Solange es Staaten gibt, die sich ihrer Sendung bewusst sind und in ihrer Außenpolitik einer „Logik des Krieges“ folgen, ist die Gefahr sehr groß, dass daraus Krisen und Kriege entstehen.

Was ist neu?

Die Frage, „Warum Machtpolitik zu Konflikten führt?“ kann für die Kriege der Vergangenheit genauso gestellt werden wie für die heutigen. Was ist neu? Traditionell haben sich die internationalen

Beziehungen auf das Verhalten der Länder nach außen konzentriert. Entscheidend war, ob sie Krieg oder Frieden wollten, ob sie bestrebt waren, den eigenen Machtbereich auszubauen. In den letzten Jahrzehnten wurden verstärkt Modelle entwickelt, die den USA ein globales Interventionsrecht einräumen: Da geht es nicht mehr nur darum, ob sich ein Staat friedlich verhält, sondern ganz entscheidend auch darum, ob dieser auch innerstaatlich jene demokratischen Werte vertritt, welche die USA als angemessen erachten. Ist das nicht der Fall, halten sich die Vereinigten Staaten für berechtigt, diese auch mit Gewalt durchsetzen zu können. Die Ziele sind dann „Regime-Change“, „Nation-Building“ oder „Democracy-Building“. Die Menschenrechte werden als Waffe eingesetzt.

Nach dem Sieg im Kalten Krieg konnten die USA zu Recht darauf verweisen, die Europäer neuerlich vor einer totalitären Ideologie gerettet zu haben. Dieser Sieg bestätigte natürlich das amerikanische Sendungsbewusstsein. Manche sprachen sogar vom „Ende der Geschichte“, da sich die amerikanischen Werte von Demokratie und Kapitalismus überall durchgesetzt hätten. Madeleine Albright sprach von den USA als „unentbehrliche Nation“ mit den Worten „We stand tall and we see further than other countries“.

In diesem Sinne wurde 1992 von Washington eine „Defense Planning Guidance“ verabschiedet. Demnach ist es die politische und militärische Mission der USA zu verhindern, dass irgendwo auf der Welt eine Militärmacht entsteht, die den amerikanischen Führungsanspruch infrage stellen könnte. In diesem Sinne kam es zu „humanitären“ Interventionen vom Kosovo bis nach Libyen. 1999 wurde Serbien bombardiert, zwei Jahre darauf begann der Krieg in Afghanistan und 2003 die Invasion des Irak.

Ganz entscheidend dabei ist eines: Traditionell waren es zwischenstaatliche Ereignisse, die zu militärischen Auseinandersetzungen führten. Bei Krieg und Frieden ging es um die Machtverhältnisse zwischen den Staaten. Die Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates war ein Grundprinzip des Völkerrechts und ist nach wie vor in der Satzung der Vereinten Nationen fest verankert. Mit den Modellen „Regime-Change“ und „Nation-Building“ haben die sogenannten Neokonservativen, die in Washington sehr stark die Außenpolitik bestimmen, eine stark offensive Komponente in die internationalen Beziehungen gebracht. Die Anschläge vom 11. September 2001 führten dann zu einer weiteren Militarisierung der US-Außenpolitik. Alleine in den darauffolgenden sieben Jahren ist das US-Verteidigungsbudget um 80 Prozent gestiegen. Heute sind von den 1,6 Millionen amerikanischen Soldaten 500.000 im Ausland auf 800 Militärbasen stationiert. Die USA haben 50 formelle Verbündete auf allen Kontinenten, die „Allianz der Demokratien“ sollte diese Bündnisse weiter festigen.

Insgesamt kann man sagen, dass nach dem Sieg im Kalten Krieg in der amerikanischen Außenpolitik eine Einheit von Theorie und Praxis entstand. Washington achtete die neue Situation als „unipolar Moment“, also als einmalige Chance, die Neuordnung der Welt ausschließlich nach eigenen Interessen zu gestalten. In diesem Sinne wurde schon in den 1990er Jahren mit der NATO-Osterweiterung begonnen, was von Moskau von Beginn an als aggressiver Akt verstanden wurde. Anstatt Russland in die neue Sicherheitsarchitektur einzubinden, wurde diese von Beginn an gegen Moskau aufgebaut. Dabei war die amerikanische Außenpolitik äußerst erfolgreich: Der Einflussbereich der USA wurde in den letzten drei Jahrzehnten in Europa um 150 Millionen km², auf denen 150 Millionen Menschen leben, ausgebaut.

Russland hat die Ost-Erweiterung der NATO bis an seine Grenzen jedenfalls als Demütigung empfunden, was offensichtlich vielfach unterschätzt wurde. Denn der amerikanische Journalist Thomas L. Friedman schrieb zu Recht in einem anderen Zusammenhang: „Humiliation is the single most underestimated force in international relations“ (NYT 26. Juni 2008). Hatte der Kalte Krieg durchaus defensiven Charakter, was auch in einer defensiven Haltung der NATO zum Ausdruck kam, so wurde die US-Außenpolitik nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wesentlich offensiver. Es kam zu den Kriegen in Afghanistan und im Irak. Im Rahmen von „Farbigen Revolutionen“ wie 2003 in Georgien, 2004 in der Ukraine oder 2005 in Kirgisien sollten Regierungen gestürzt werden. Die USA unterstützten diese „spontanen“ Bewegungen mit modernsten Marketing-Methoden und Kommunikationsmitteln. Die oft beträchtlichen finanziellen Mittel kamen von US-Stiftungen wie Freedom House oder National Endowment for Democracy. Es gab immer wieder Anzeichen dafür, dass auch ein „Regime-Change“ in Moskau versucht wurde. US-Präsident Joe Biden hat erst unlängst gefordert, diesen durchzuführen.

Bei diesen Auseinandersetzungen wurde immer stärker betont, es ginge um die Durchsetzung von Werten wie Demokratie und Freiheit und nicht um machtpolitische Interessen. Das führte zu einer Polarisierung und zu einer Moralisierung der internationalen Beziehungen. Dabei ist es oft sehr schwer, den Unterschied zwischen Werten und Interessen zu erkennen. Wenn Victoria Nuland seinerzeit davon sprach, die USA wollen ihre Politik in der Ukraine auf jeden Fall durchsetzen, auch ohne Rücksicht auf die Europäer, dann ging es wohl um Interessen. Heute wird gesagt, im Krieg in der Ukraine ginge es um „unsere Werte“, vor allem auch um Demokratie. Dabei konnte man nur einige Wochen vor Ausbruch des Krieges lesen, die Ukraine wäre eine „highly dysfunctional demo-

cracy“, ein Land, in dem der Präsident Oppositionsparteien verboten und kritische Fernsehstationen geschlossen hat. Außerdem wäre das politische System der Ukraine durch und durch korrupt. (NYT vom 4. Februar 2022).

Wer hat die Macht in einer multipolaren Welt?

Die Welt verändert sich. Die entscheidende Frage dabei ist, wie weit unter den sich verändernden Bedingungen die derzeitigen Machtverhältnisse aufrechterhalten werden können. Vor allem die Bevölkerungsentwicklung und die wirtschaftlichen Leistungen einzelner Länder, Grundlage jeder politischen Macht, zielen mehr und mehr auf eine multipolare Welt.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebte noch ein Drittel der Weltbevölkerung in Europa und in Nordamerika. In 50 Jahren, wenn die Weltbevölkerung etwa 10,5 Milliarden Menschen zählen wird, wird der Anteil der EU an der Weltbevölkerung nunmehr 3,7 Prozent betragen. Jener der Vereinigten Staaten wird bei 3,9 Prozent liegen, Chinas Anteil bei 12 und Indiens bei 15,6. Ganz dramatisch wird die Bevölkerungszahl in Afrika steigen und 2070 bereits 27 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen (während es 1950 lediglich 7,1 Prozent waren).

Ganz entscheidend werden sich auch die wirtschaftlichen Leistungen der einzelnen Volkswirtschaften verändern: Nach dem Zweiten Weltkrieg erbrachten die USA alleine noch die Hälfte der gesamten Welt-Wirtschaftsproduktion. Heute, gemessen an der Kaufkraft, beträgt der Anteil der USA nur mehr 16 Prozent und soll bis 2070 auf 12 Prozent fallen. Im selben Zeitraum fällt der Anteil der EU-Länder von derzeit 15 auf 9 Prozent. Jener Chinas wird hingegen von 18 auf 20 Prozent steigen.

Die wesentliche Frage ist nicht nur, wie sich die machtpolitischen Verhältnisse verändern werden, sondern auch, wie weit es möglich ist, diese Veränderungen auf friedliche Weise durchzuführen. Müssen machtpolitische Veränderungen zu Kriegen führen? In Westeuropa ist es nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen, eine Friedensperiode zu begründen, die länger als zwei Generationen gedauert hat. Es kam zu einer „Revolution in der europäischen Diplomatie“. Ziele und Mittel der internationalen Beziehungen veränderten sich nach der Gründung des Europarates dramatisch: Aus Erbfeindschaften wurden Freundschaften, Konfrontation wurde ersetzt durch Kooperation, Warfare durch Welfare. Dieses „europäische Modell“ könnte dem Rest der Welt durchaus als Vorbild dienen. Zurzeit hat man leider nicht den Eindruck, dass dies der Fall wäre. Wir erleben viel mehr einen Rückfall in eine Zeit, in der internationale Konflikte primär mit Gewalt gelöst wurden, so, als könnten die Probleme der Zukunft mit den Mitteln der Vergangenheit bewältigt werden. 

Dr. **Wendelin Ettmayer**, ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat, Botschafter und Autor. Website: www.wendelinettmayer.at

E-Mail: wendelinettmayer@gmail.com